



Innen- und Rechtsausschuss
Die Vorsitzende

Kiel, 3. Februar 2022
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 139. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 2. Februar 2022, 14:00 Uhr
als Videokonferenz

Beginn: 14:05 Uhr

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes und weiterer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3398](#)

Der Ausschuss beriet den Gesetzentwurf mit Vertreterinnen und Vertretern des Innen- und des Wirtschaftsministeriums. Er kam überein, möglichst in der Sitzung am 9. Februar 2022 mit einer Vertreterin oder einem Vertreter des ULD über die Vorlage zu beraten und dem Landtag zum Februar-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Rückkehrrechts für kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/3426](#) (neu)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des interfraktionellen Gesetzentwurfs, [Drucksache 19/3426](#) (neu).

3. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Sports im Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/3270](#)

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/7039](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/7064](#)

Mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen gegen die Stimmen von SPD und SSW wurde der Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 19/7039](#), abgelehnt. Der interfraktionelle Änderungsantrag, [Umdruck 19/7064](#), wurde

einstimmig angenommen. Der so geänderte Gesetzentwurf wurde mit einer mündlich vorgetragenen Änderung dem Landtag einstimmig zur Annahme empfohlen.

4. a) Kommunalwahlrecht für alle einführen

Antrag der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/3073](#) (neu)

b) Für ein zeitgemäßes Wahlrecht

Alternativantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/3108](#)

Der Ausschuss führte die mündliche Anhörung zu den Vorlagen durch.

5. Einführung eines Jugend-Checks für Gesetze und Verordnungen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/3522](#) (neu)

Der Ausschuss schloss sich dem Beratungsverfahren des Sozialausschusses an.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3527](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 9. Februar 2022, Frist für Stellungnahmen: 1. März 2022).

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamten-, laubahn- und mitbestimmungsrechtlicher Regelungen

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3541](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 9. Februar 2022, Frist für Stellungnahmen: 1. März 2022).

8. a) Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der bereichsspezifischen Datenübermittlungsbefugnisse des Landesverwaltungsgesetzes in Fällen von Gewalt im sozialen Nahbereich zur Verbesserung eines institutionen- und behördenübergreifenden Informationsaustauschs

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3546](#)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Befugnisse zur Bestands- und Nutzungsdatenerhebung im Landesverwaltungsgesetz an die Neuordnung der Übermittlungsbefugnisse im Bundesrecht

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/3564](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 9. Februar 2022, Frist für Stellungnahmen: 1. März 2022).

9. Personalstrukturbericht 2021 des Landes Schleswig-Holstein (Berichtsjahr 2020)

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/3502](#)

Der Ausschuss bittet den Finanzausschuss um nachrichtliche Einladung zur Beratung des Berichtes mit dem Chef der Staatskanzlei.

10. Bericht zur verdeckten präventiven Datenerhebung gemäß § 186b LVwG und § 195a Absatz 7 LVwG für das Jahr 2020 sowie Nachmeldung zu den Berichten für die Jahre 2017 bis 2019

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3508](#)

Einstimmig nahm der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 19/3508](#), abschließend zur Kenntnis.

11. Entwurf eines Gesetzes zum Neunten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Neunter Medienänderungsstaatsvertrag HSH - 9. MÄStV HSH)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3584](#)

Der Ausschuss kam überein, vorbehaltlich der Überweisung an den Ausschuss im Februar-Plenum dem Landtag zum März-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

12. Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3573](#)

Der Ausschuss kam überein, vorbehaltlich der Überweisung an den Ausschuss im Februar-Plenum dem Landtag zum März-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten. Der Ausschuss bittet die Staatskanzlei um Übermittlung der Anhörungsergebnisse.

13. Organstreitverfahren des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD gegen den Schleswig-Holsteinischen Landtag vor dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht, Az: LVerfG 2/22

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2022

[Umdruck 19/7068](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, in dem Verfahren eine Stellungnahme abzugeben mit dem Tenor, dass die Anträge der Abgeordneten der AfD zurückzuweisen sind. Ferner empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Landtagspräsidenten zu beauftragen, einen Prozessbevollmächtigten oder eine Prozessbevollmächtigte zu bestellen.

14. Verschiedenes

Zu dem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 17:30 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka